

BEFG fordert menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Kirchengemeinden wurden bunter

„Wir sind dankbar für die große Hilfsbereitschaft in unserem Land und in unseren Gemeinden“, so beginnt der „Zwischenruf“, den BEFG-Präsident Michael Noss und Generalsekretär Christoph Stiba in den Bundesrat eingebracht hatten. Darin heißt es weiter, viele Menschen hätten sich in den vergangenen Monaten für Geflüchtete eingesetzt. Nach dem Vorbild Jesu engagierte Kirchengemeinden seien dadurch bunter geworden und bereichert worden.

Europa darf seine humanitären Standards nicht aufgeben

Die aktuelle Flüchtlingspolitik in Europa führe allerdings zu unhaltbaren Zuständen in den überfüllten Lagern an den Außenrändern der EU und in den Nachbarstaaten der Krisenländer: „Wenn Grenzen geschlossen werden und man die Aufnahme von Flüchtlingen nahezu unterbindet, wird die Notlage der Menschen nicht gelindert, sondern nur von uns ferngehalten.“ Dass Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben würden, ohne ihren individuellen Anspruch auf Asyl zu prüfen, entspreche weder den humanitären und rechtlichen Grundlagen Europas noch der UN-Menschenrechtsdeklaration oder der Genfer Flüchtlingskonvention: „Wir wollen nicht akzeptieren, dass Europa seine humanitären Standards aufgibt.“ Die Politik sei nun gefordert, humanitäre Regeln für den Zugang nach Europa zu entwickeln: „Wir wünschen uns, dass unser Land dabei beherzt in Vorlage geht und Verantwortung übernimmt, anstatt auf gesamteuropäische Klärungen zu warten.“ Das Wohlergehen der in Not geratenen Menschen müsse im Fokus stehen.

Mitschuld westlicher Länder an Flüchtlingskrise

Die Stellungnahme befasst sich auch mit den Ursachen der Flüchtlingskrise. Weil das individuelle Handeln in einer globalisierten Welt globale Folgen habe, trügen die Menschen

in den westlichen Ländern eine Mitschuld an der Not in den Herkunftsländern der Geflüchteten: „Wir treten darum für gerechtes Wirtschaften, nachhaltige Lebensbedingungen, für Gerechtigkeit und Frieden in globalen Zusammenhängen ein.“

Der „Zwischenruf“ schließt mit einem Plädoyer für Religionsfreiheit und mit einer Selbstverpflichtung: „Wir wollen mit unseren Gemeinden nach unseren Möglichkeiten zu all diesen Zielen beitragen, weil wir uns dem Wort Gottes verpflichtet wissen.“

Bundeskanzlerin soll an ihrer humanitären Flüchtlingspolitik festhalten

BEFG-Generalsekretär Christoph Stiba betonte am Rande der Konferenz, die Kritik an der Flüchtlingspolitik richte sich nicht primär an die Bundesregierung: „Wir haben der Bundeskanzlerin im November 2015 zusammen mit der Vereinigung Evangelischer Freikirchen für ihre humanitäre Flüchtlingspolitik gedankt. Mit dem Zwischenruf wollen wir die Bundeskanzlerin ermutigen, falschen Entwicklungen auf europäischer Ebene entgegenzuwirken.“ Europa habe die Menschenrechte immer hochgehalten, und das dürfe man nicht aufgeben, so Stiba.

Der Text „Zwischen Dank und Klage. Ein Zwischenruf zur aktuellen Flüchtlingsituation“ kann im Internet unter <http://www.baptisten.de/fileadmin/befg/media/dokumente/Zwischenruf-Bundesrat-2016-zur-Fluchtlingsituation-Zwischen-Dank-und-Klage.pdf> heruntergeladen werden.

Der BEFG schloss beim Bundesrat 2016 das Themenjahr „Bunte Gemeinde“ ab, das ein Plädoyer für Vielfalt, auch kulturelle und ethnische Vielfalt, in den Gemeinden gewesen sei. Dazu hat der Bundesrat am 6. Mai eine Resolution verabschiedet. Sie ist im Internet unter www.baptisten.de/ResolutionBunteGemeinde2016 zu finden.
